

Welfische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr A Amt Dönhofs 3686-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfach 3096. Berlin 60. Wochentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 26 Pfennig Beleggeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 25 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verändlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. - Nr 331 - B 163

DONNERSTAG, 16. JULI 1931

ABEND-AUSGABE - V

Europa-Konferenz in London

MacDonalds Besuch verschoben — Brüning und Curtius fahren über Paris nach London

Solidarität

Dem deutschen Volk ist in diesen schweren Tagen klar zum Bewußtsein gekommen, was der Staat, dieses abstrakte Wesen, gegen das so viele Stimmungen und Bestimmungen umgehen, für jeden Einzelnen bedeutet. Was wäre noch der lächerlichen Erörterung der Wirtschaft, die in der Zahlungs-einstellung einer Großbank ihren ersten Ausbruch fand, aus uns allen geworden, wenn die Regierung nicht von heute auf morgen, ohne Vorbereitung, ohne Vorgang, ohne Apparat die Zeitung der gesamten Wirtschaft an sich genommen hätte, um in das drohende Chaos notwendiger Ordnung zu bringen? Man mag an vielen Einzelheiten Kritik üben, man mag Unterlassungen eigen und Gesehichte beklagen: die Tatsache, daß in einer Lage, die in der Geschichte noch nicht dagewesen ist, die Regierung nicht nur die politische Verantwortung, sondern auch die unmittelbare Leitung der Gesamtwirtschaft bezieht und entwirft, ist in der Hand hält, das ist eine Leistung, die erst in der bevorstehenden Stimmung späterer Jahre volle Würdigung finden wird.

Denn zu den Anforderungen des Tages, der Stunde, je jeder Minute, der unmittelbaren Anspannung aller Kräfte, gerichtet auf das Ziel, den geläuterten Streiklauf des wirtschaftlichen Lebens durch finanzielle Wege vorübergehend zu erheben, kommt die ganz große Aufgabe der europäischen Führung auf weniger Menschen, die unter dem ungeschweiften Druck stehen, ihr Arbeit und Verantwortung für Millionen und Generationen gelegt. Wir anderen können nichts anderes tun, als ihre Verantwortung und ihre Intuition durch Vertrauen und Disziplin fähren.

Es geht um schicksalsschwere Entscheidungen für Deutschland und — das vermehrt Antrieb und Hoffnung — für die ganze zivilisierte Welt. So schwer erschüttert das Geschehe der deutschen Wirtschaft erscheint, so groß ist nach wie vor die Bedeutung des deutschen Staates, des deutschen Volkes, für die gesamte Welt. Das Erdbeben, dessen Zentrum in Mittel-Europa liegt, erschüttert die ganze Welt, wie andererseits die Krise draußen die Verhältnisse in Deutschland bedingt. Die Gefahr ist gemeinsam. So muß auch die Rettung gemeinsam sein. Das ist die eindringliche Lehre dieser Tage, daß die Verflechtung Glück und Segen zugleich bedeuten kann, je nach dem Grad der Einsicht und der Kraft, mit der die positiven Momente in den Vordergrund geholt werden.

Die Selbsthilfe, soweit sie den unmittelbaren Gehalt beugen sollte und konnte, ist in Deutschland organisiert worden. Was jetzt einsetzen muß, das ist die Verwirklichung des Solidaritätsgebaltens, dem keiner einer beherzten Absicht in Worten verliessen hat, als der Außenminister der französischen Republik, Briand hat immer wieder betont, welche Gefahren der Welt drohen, wenn die Zusammenarbeit in Europa nicht vorwärts getrieben wird. Jetzt ist die entscheidende Stunde da, wo dieses Wort eingelöst werden muß. Entweder gibt es Solidarität im Handeln und Aufbau, oder es gibt Solidarität in gemeinsamem Sturz und allgemeiner Herrichtung.

In diesem Geist müssen die weiteren Verhandlungen geführt werden. In Berlin, in Paris, in London. Wir begrüßen es, daß die Vertreter des Deutschen Volks — Zeit ist nicht zu verlieren — in unmittelbarer Aussprache mit den Vertretern nicht nur Englands und Amerikas, sondern auch Frankreichs treten. Sie müssen freie Hand haben und dürfen nur ihrem eignen Gewissen folgen. Sie allein können beurteilen, was geschehen und was umhelfen muß. Sie werden die Aufgabe in den Vordergrund stellen, daß die beste Organisation für alle in einer engen und unlosbaren Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet besteht. Was in dieser Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich in früheren Jahren angebahnt worden ist, das muß mit verstärkter Kraft erneuert werden. Darüber hinaus muß man sich bei uns klar sein, daß die Organisation, die gegenseitigen Vertrauens aus in unferem eignen Interesse liegt. Die Verwirklichung der Weltwirtschaft würde grade für Deutschland die größte Erleichterung und Entspannung auf allen Gebieten bedeuten. Für die Vereinigten Staaten und für Groß-

Britannien bleibt der neue Panzerkreuzer-Plan Frankreichs einen schweren Stein des Anstoßes, und in diesem Zusammenhang spielt auch der amte deutsche Panzerkreuzer eine Rolle, die über seine rein militärische Bedeutung weit hinausgeht. Wer nicht auf die Einzelheiten kommt es an. London auf der einen und den Willen, in dem die Verhandlungen geführt werden. Jetzt muß ganze Arbeit gemocht werden. So groß ist die Aufgabe. So groß ist das Ziel. Wöge der Augenblick kein kleines Geschlecht finden!

In der Wilhelmstraße haben darüber während des Vormittags Besprechungen stattgefunden, als deren Ergebnis folgendes festzustellen ist: Der Gegenstand der englischen Staatsmänner in Berlin wird zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden. Es ist wahrscheinlich aber noch nicht endgültig entschieden, daß Dr. Brüning und Dr. Curtius heute oder morgen sich nach Paris begeben werden, um von der Londoner Ministerkonferenz noch eine direkte Aussprache mit den leitenden Staatsmännern Frankreichs zu haben. Denn in Paris wird die Hauptentscheidung über die Vorliebe für Deutschland fallen.

Was sich während der letzten Tage in Deutschland ausgetragen hat, die Verhandlungen, die die Regierung Brüning gemacht hat, um die Geldkrise zu überwinden, ist im Ausland doch nicht ohne Eindruck geblieben und hat die Notwendigkeit einer europäischen Solidarität vor Augen geführt.

Sieben Mächte beteiligt

ROM, 16. JULI

Die italienische Regierung hat die Einladung der englischen Regierung betreffend die Ministerkonferenz, die am nächsten Montag nachmittag in London eröffnet werden soll, angenommen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß Italien durch Außenminister Grandi vertreten wird.

Außer Italien wurden auch Japan und Belgien eingeladen. Siehe auch Umsetze

Staatskontrollen der Wirtschaft

Vor Ernennung eines außerordentlichen Reichskommissars

Der heutige Morgenblatt der „Welfischen Zeitung“ ermahnt mitgeteilte Plan, wichtige Zweige der Privatwirtschaft einer wirksamen und umfassenden Staatsaufsicht zu unterstellen, geht schnell seiner Verwirklichung entgegen. Auch die Persönlichkeit, der die Organisierung dieser Staatskontrolle mit großen Vollkommenheiten übertragen werden soll, scheint bereits gefunden. In Regierungskreisen denkt man an den ersten Finanzdirektor der J. G. Farben-Industrie, Geheimrat Hermann Schmitz. Er soll zugleich als außerordentlicher Vertreter der Regierung wirken.

Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen, zumal der Antrag bisher nur telegraphisch an ihn herangebracht werden konnte. Er Schmitz an der Angermer Städtischen Sparkasse hat sich dementsprechend noch in der Schwedischen Verhandlungen mit den dortigen Banken fährt, die übrigens, wie wir hören, nicht in

Sonderinteresse seiner Firma, sondern mit Beugnahme auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft eingesehen werden. Schmitz wird Freitag in Berlin erwartet, so daß die Entscheidung dann fallen dürfte.

Hermann Schmitz

Der Finanzdirektor der J. G. Farben

Der Geheim Kommerzienrat Hermann Schmitz, juristischer Oberrichter der Universität Heidelberg, ist am 1. Januar 1881 in Offen a. Rhde geboren. Von der Oberrealschule ging er zur Handelshochschule nach Frankfurt a. M., trat in den Waldbauhaufen-Kongress ein und übernahm nach kurzer Zeit schon eine leitende Stellung in einem ausländischen Unternehmen dieses Kongress. Dann trat er zum Weissen Kongress in Frankfurt a. M. über und erwarb sich bald Wilhelm Werthens besonderen Vertrauen. In daß er schon in jungen Jahren zu leitenden und verantwortungsvollen Stellungen aufstiege.

Als Reichsabgeordneter gehörte er bereits den Bevollmächtigten einer ganzen Anzahl englischer französischer und spanischer Gesellschaften an. Durch die ihm sehr befristete Schöpfung des Reichs-Verkehrs führte er der Metallwelt den entscheidenden Einfluß auf das gesamte spanische Metallgeschäft.

Bei Kriegsausbruch rückte er als Infanterieoffizier ins Feld, wurde nach wenigen Monaten schwer verletzt und übernahm kaum wiederhergestellt, 1918 die Abteilung „Eigentum“ in der Kriegswirtschafts-Abteilung des Reichsministeriums. Am Aufbau der Städtischen-Industrie nahm er hervorragenden Anteil; eine seiner letzten Handlungen als wirtschaftlicher Berater des Reichs-Industrie- und Handelsministeriums war die Anregung zur Gründung des Städt-

J. E.

Hoff-Einblicken. Auch bei den Friedensverhandlungen von Versailles stellte er seine Sachkenntnis in den Dienst des Reiches und fungierte als einer der Vorkämpfer der Delegation.

Am 1. Juli 1919 trat er auf den Ruf von Bosh in den Vorstand der Pabstischen Antin- und Gadofabrik ein. Nach der Begründung der J. G. Farinibauindustrie A. G., an deren Teilnahme er ein wesentliches Verdienst hatte, übernahm Schmidt dort die Finanzen des geplanten Konzerns, deren Leitung ihm bereits während der Inflationsjahre anvertraut worden war. Wie erfolgreich sein Wirken auf diesem Gebiet war, beweist der vor wenigen Tagen erlassene Befehl: sein Konzern ist ohne Verluste und von größter Liquidität.

Seine Initiative entzünden die Rheinabfall-Transaktion 1924, die Sprengstoff- und Riechstoff-Transaktionen 1926, das Zusammengehen mit der Norwegischen Wasserstoff-Elektrolysegesellschaft 1927. Die Gründung der J. G. Chemie in Bad 1928 und der American J. G. Chemical Corporation 1928. Er gehört unter anderem dem Zentralrat der Reichsbank und dem Ausschuss für Bank- und Kreditfragen im Reichsverband der Deutschen Industrie an und ist Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

Oberrath Schmidt ist mit Margarete von Wallinrod aus Weimar verheiratet. Der Ehe entstammt ein Sohn. Der Gedante, Oberrath Hermann Schmidt in die neu zu schaffende Stelle eines hiesigen Führers der Gesamtindustrie zu berufen, eine Stelle, die wirtschaftlich etwa das ist, was militärisch ein Generalstabchef ist, geht vom Reichsinstitut Weidling aus.

Was der neue Mann schaffen kann

Aus führenden Kreisen der Wirtschaft wird uns geschrieben:

Unmer lauter erhob sich der Ruf nach einem außerordentlichen Kommissar für Finanz und Wirtschaft. Die Anforderungen an einen solchen Kommissar wären allerdings ohne Beispiel. Der Mann, der diesen Posten ausfüllen soll, muß in der Lage sein, die Verbindung zwischen Industrie und Finanz herzustellen, für die unbedingt notwendige Einheit zu sorgen, es muß das gesamte Finanzwesen vollkommen beherrschen und vor allem muß er sich auf dem Gebiete der internationalen Verflechtung des Finanzwesens vorzüglich auskennen. Er muß im Inlande wie auch im Ausland größtes Ansehen genießen, darf jedoch parteipolitisch nicht abgelehnt sein.

Oberrath Schmidt, der die größten Wirtschaftsführer Europas und von Uebersee zu seinen persönlichen Freunden zählt — seit Jahren verbindet ihn ihre Beziehungen zu maßgebenden Kreisen der amerikanischen und europäischen Hochfinanz —, erweist sich diesen Posten als erster Stelle geeignet. Man darf annehmen, daß seine Betrauung eine dauerhafte und solide Grundlage für die kommende Politik des Reiches schaffen wird.

Der Kreislauf

Die rund 38 Millionen Mark, die die deutsche Regierung am 15. Juli als ungefähre Annuität an die V. S. G. abgeführt hat und die nach dem Hoover-Abkommen von der V. S. G. an die Reichsbank überwiehen wurden, sind von dieser wiederum der Reichsregierung zur Verfügung gestellt worden.

Dizziplinarverfahren gegen Baade und Hagedorn

Aus als Reichskommissar beurlaubt

Am Grunde der im Abgen-Untersuchungsausschuss des Reichstages vorgeschriebenen Aufschlüsselung beim Staatssekretär, Dr. Hagedorn und Dr. Baade beim Reichsfinanzminister die Einleitung eines förmlichen Dizziplinarverfahrens gegen sich beantragt. Der Minister hat diesen Antrag entworfen.

Dr. Baade Reichstagsabgeordneter ist und daher den Schutz der Immunität genießt, hat der Ernennungsinstitut den Reichsminister der Finanzen ersucht, die Aufhebung der Immunität Dr. Baades beim Reichstag zu beantragen. Bis zur Erledigung des Dizziplinarverfahrens ist Dr. Baade auf seinen Antrag von der Ausübung seines Amtes als Reichskommissar bei der Deutschen Kreditbank-Gesellschaft beurlaubt worden.

Um den V. S. G.-Kredit

Zwischen dem Reichsbank- und Vertretern der Staat, hat gestern die erste Aussprache über die Kreditübertragung des V. S. G.-Kredites stattgefunden. Die Aussprache auf die allgemeine Lage kamen die beiden Parteien überein, nämlich die Entscheidung abzuwarten, aber in künftiger Fällung zu bleiben, um im gegebenen Augenblick sofort in neue Verhandlungen eintreten zu können.

Beurkundung gegen das Universalitätsurteil

Von dem drei Studenten der Linken und den vier Studenten der rechtsradikalen Gruppe, gegen die Senat der Universität Berlin am vergangenen Sonntag das Urteil der Entfernung von der Universität ausgesprochen hat, haben einige von dem Recht der Beurkundung Gebrauch gemacht. Den Bemerkungen wurde sofort bei der Urteilsverkündung mitgeteilt, daß sie innerhalb von 14 Tagen beim Minister Beurkundung einbringen können.

Brünnlein Beleid

Reichsanwalt Dr. Weidling hat an die Gattin des verstorbenen ehemaligen Reichsanwalters von Panzer ein Beleidigungsurteil gesprochen, was Weidling aber gegen dessen Gattin, die Frau von Panzer, an dem Untersuchungsamt gegen in schwerer Zeit Recht und angeregt gemeldet hat.

Die Pariser Verhandlungen

Günstigere Atmosphäre für Deutschland

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 16. JULI

Seit 11 Uhr vormittags sitzen im französischen Innenministerium der amerikanische Staatssekretär Stimson und der britische Außenminister Borden mit Canal und Briand zusammen, um über eine Hofisation für Deutschland zu beraten. Umleitete vor Beginn der Sitzung stattete der deutsche Botschafter von Soeth Briand noch einen Besuch ab, um ihn über die Weiterentwicklung der Lage in Deutschland zu unterrichten. Die Spannung ist außerordentlich gelassen, Gespräche schienen umher, daß bereits bestimmte Finanzpläne für Sanierung Deutschlands entworfen seien, doch man dem Reich die notwendigen Anleihen gewährleisten wolle, wenn es bereit ist, sich unter die Finanzkontrolle des Völkerbundes zu stellen und andere Kombinationen mehr.

Nach rund 1 Uhr wurde die französisch-englisch-amerikanische Ministerkonferenz unterbrochen und auf morgen vertagt. Am Ende der Sitzung wurde folgendes amtliche Communiqué ausgegeben:

Die Einladung nach London

Montag internationale Konferenz

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 16. JULI

Die Lage in Deutschland wird heute in der englischen Presse mit ausgeprägtem größtem Optimismus betrachtet. Vor allen finden die Maßnahmen der Regierung und ihre entschlossene Haltung die allgemeine Billigung. Die Ansicht ist vorherrschend, daß das Kabinett die Situation fest in der Hand hält. Das Communiqué des englischen Auswärtigen Amtes über die Einberufung einer internationalen Ministerkonferenz für kommenden Montag wird in dem regierungstreuen „Daily Herald“ „Mittelschmerzhaft, Deutschland zu helfen“ überschrieben. Das Communiqué hat folgenden Wortlaut:

„Die Regierung hat entschieden, daß sich die sofortige Einberufung der Ministerkonferenz, die zur Zeit der Einladung der Expertenkonferenz vorgesehen wurde, als notwendig erweist. Es ist beabsichtigt, daß die Konferenz am Montag, dem 20. Juli, zusammenzutreten soll.“

Die „Times“ schreiben: Obwohl Deutschlands Lage am Tage der Einberufung des Hoover'schen Moratoriums kritisch gewesen ist, hätte die sofortige und entschiedene Annahme des Vorschlages Deutschland zu einer Besserung der Lage verholfen können. Aber die zögernde Haltung der Franzosen ist die Ursache zu doppelter Notwendigkeit gewesen. Glücklicherweise habe die deutsche Regierung Maßnahmen ergriffen, um die Gläubiger der Mark aufzufahren. Aber die Weigerung Frankreichs, sich an einer internationalen Anleihe für Deutschland außer bei Annahme politischer für die deutsche Regierung unannehmbare Bedingungen zu beteiligen, haben zu einer Situation geführt, die die Stabilität der Finanzen in fast jedem Lande Europas gefährdet. Da letzter Lage ist es von äußerster Wichtigkeit, daß die Finanzautoritäten und die Öffentlichkeit in Deutschland und Frankreich ihren Kopf bewahren. Notwendig vor allem ist die Wiederherstellung des Vertrauens. Dies aber ist nur möglich, wenn die französische Regierung Willens ist, zusammen mit England und den Vereinigten Staaten an Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Währung mitzuwirken.

„Ministerpräsident Briand hat heute vormittag den Besuch der Außenminister Stimson und Borden und der Botschafter Walter Edge und Lord Eyreton empfangen. Briand sagte dem deutschen Botschafter, Briand, Briand und Unterstaatssekretär Francois Bonnet zur Seite. Die Unterredungen waren eine Fortsetzung der gestern am Quai d'Orsay geführten Unterredungen. Sie bezogen sich auf die finanzielle Finanzsituation Deutschlands und auf die verschiedenen Gesichtspunkte der Probleme, die durch die Entwertung der Marke in Deutschland aufgeworfen worden sind.“

Von französischer Seite wird der Stand der Verhandlungen als günstig bezeichnet. Heute nachmittag um 5 Uhr findet ein französischer Ministerrat statt, der ursprünglich für morgen angelegt war. Beim Verlassen des Innenministeriums erklärte Unterstaatssekretär Canal auf die Frage, ob ihm für morgen ein deutscher Ministerbesuch zu erwarten sei, als ich möglich, daß der Besuch von Briand und Curieux viel früher stattfinden, als ursprünglich vorgesehen war.“ Fest steht bereits, daß Borden heute Abend nicht, wie beabsichtigt war, nach Berlin reist.

Pariser Verfilmung gegen die Bank von England

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 16. JULI

Während die Außenminister, wie man in Frankreich amtlich nun schon zum drittenmal verifiziert, im Welt vollkommener Vergleichlichkeit verhandeln, spielt sich auf dem Hintergrund ein Finanzkampf zwischen Frankreich und England ab. Der Kampf ist in den letzten Tagen gegenüber dem Franzosen um 65 Prozent gefallen und steht jetzt nach dem amtlichen Börsenfuß fast ein Prozent unter seinem Normalkurs. England muß wieder in großen Mengen Gold nach Frankreich schicken, um seine Währung in Zahl zu halten.

Als äußerer Anlaß wird an der Börse zwar angegeben, daß es sich nur um eine Auswertung von Gewinnen handelt, daß in London große Privatbankgeschäfte durch die deutschen Bedingungen in Mitleidenschaft gezogen worden seien. Aber es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß tiefer Gründe dabei mitspielen.

Zu Frankreich ist man über das Verhalten der Bank von England sehr unzufrieden. Montague Norman, der Gouverneur der Bank von England, hat in America das Hoover-Moratorium angelehnt, ohne sich vorher mit seinem französischen Notenbankkollegen in Verbindung zu setzen. Doch das hätte man schon beinahe vergessen. Aber nun hat Montague Norman in Belgien offen gegen französische Stellung genommen. Er hat in der Sitzung der V. S. G. als einziger gegen die Gleichrichtung der französischen Garantiebedingungen gestimmt, die Frankreich nach tagelangen Kämpfen in dem Mellon-Bank-Abkommen durchgeführt hatte.

Montague Norman wurde zwar überführt, die Franzosen legten in Belgien ihren Willen durch, aber der Stachel ist juristisch vorhanden. Frankreich verhandelt sich, und die Gelegenheit ist günstig, grade jetzt, während der außenpolitischen Verhandlungen, England von der Goldseite her in die enge zu nehmen.

Franckreich hat keine Bedingungen gestellt

Ein bedeutsames Dementi auf Umwegen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

P R A G, 16. JULI

Die offizielle Prager Presse bringt in großer Zustimmung folgende Information von zuständiger Pariser Stelle:

Von verschiedenen Seiten werden Nachrichten verbreitet, wonach Frankreich seine Zustimmung zu der Kreditation zugunsten Deutschlands von einer Reihe politischer Bedingungen abhängig mache, u. a. von der Aufgabe der Zollunion und des Panzerzonenabkommens. Brüsseler Botschaftern auch, daß Frankreich die Erfüllung des Wahlschlusses und eine teilweise Erfüllung betreffend die polnisch-deutsche Grenze verlangt habe.

Nach Erklärung zuständiger französischer Stellen sind diese Bedingungen unrichtig. Die bisherigen Verhandlungen haben lediglich zwischen technischen Stellen statt und konnten daher schon aus diesem Grunde keine politischen Bedingungen zur Grundlage haben.

Die einzige französische Stelle, die namens der französischen Regierung politische Bedingungen formulieren konnte, nämlich das Außenministerium, hat an diesen technischen Konferenzen überhaupt nicht teilgenommen. Es ist durchaus möglich, daß man, besonders in London, der deutschen Regierung nahegelegt hat, durch freiwilliges Entgegenkommen gegenüber anderen Währungen in der Zollunionfrage eine Stimmung zu schaffen, die die Verhandlungen diplomatisch vollkommen lenkt.

Gewiß wäre es warm zu begrüßen, wenn Deutschland im großmütigen gewisse politische Garantien abliefe. Denn eine so großzügige Kreditation, wie sie zur Rettung Deutschlands notwendig wäre, liegt immer einen Appell an das große Publikum voraus, und ohne politische Bezugnahme ist an einen solchen Appell in

Franckreich ebenso wie in Großbritannien nicht zu denken, besonders weil dieses Publikum mit den Deutung-Obliigationen so höchste Erfahrungen gemacht hat.

Andereorts muß aber ausdrücklich betont werden, daß niemals von der französischen Regierung Bedingungen politischer Natur formuliert worden sind. Es könnte höchstens von rein technischer Seite im Laufe der finanziellen Verhandlungen primär darauf hingewiesen werden, daß eine deutsche Anleihe in Frankreich nicht aufgelegt werden könnte, solange durch eine Reihe von Fragen (Zollunion, Panzerzonen, Güterverkehrs) die Beschränkung des inländischen Publikums erreicht werde.

Hervorzuheben betont man in Paris, daß die deutsche Politik von britischen und amerikanischen Finanzkreisen den deutschen Untertanen nahegelegt werden ist. Dies ist auch ganz natürlich, da die Voraussetzungen einer großzügigen Kreditation in Paris, London und New York physikalisch denselben Charakter tragen.

Man betont ferner in Paris, daß es gerade die britischen Wähler waren, in erster Linie die „Times“ und der „Daily Herald“, die Deutschland eine freiwillige Gatte nahelegten. Die französische Diplomatie muß jedoch die verschiedenartigsten Vorstellungen fern und nur bisherige offiziell Stellung zu nehmen.

Trevarian heute im Rundfunk

Reichsminister Trevarian spricht zur Lage heute Abend 9 Uhr im Programm der Aktuellen Mitteilung.

dreitägiges Bank-Provisorium

Erlaubt Verboten

Mit einer Notverordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach dem Bankrot...

Wichtige Dinge sind noch durchaus unklar

Anders wiederum gehen Anstöße zu scharfen Bedenken. Man muß die außerordentlichen Umstände in Betracht ziehen...

Banken und Publikum

Was die Öffentlichkeit zunächst interessiert, ist die Frage, wie der Verkehr der Schalter der Banken...

Sehr wichtig ist die Tatsache, daß

dem Überweisungsverkehr wesentlich weitere Grenzen gesteckt

werden. Die Verrechnungen können unbeschränkt stattfinden, soweit die in Frage kommenden Einzelpersonen...

Wir hätten es lieber gesehen, wenn der Überweisungsverkehr vollkommener wieder in Gang gesetzt worden wäre...

Einschränkung der Devisenabgaben

Auch die Bestimmungen über den Devisenverkehr bieten mancherlei Lücken und Unklarheiten, über die erst die Ausführungsbestimmungen hinweghelfen können...

Noteneinlösungsparagraphen des Bankgesetzes nicht offiziell aufgehoben. Jeder, der seine Marknoten gegen Devisen einlösen will...

Sowohl im Kauf wie im Verkauf mit dem Kontrahent der Reichsbank sein bzw. ein Kreditinstitut, der die Reichsbank ausdrücklich die Befugnis zum An- und Verkauf von Devisen erteilt hat...

ansprechen, von sich aus zu entscheiden, ob sie dem Zweck der Transaktion für wirtschaftlich notwendig und vertretbar erachtet...

Devisen für Auslandsreisen abgeben wird, ist ebenfalls noch nicht erkennbar. Schon rein praktisch dürfte die Konnotation des Devisenverkehrs...

Banken untereinander

Wie der Verkehr der Banken untereinander sich abspielen soll, bedarf ferner der Regelung. Überwiegend wird die Auffassung vertreten, daß z. B. Effektenlieferungen...

Londoner Diskont unverändert

Entgegen den vielfach geübten Erwartungen, daß die schweren Attacken gegen die Sterling-Valuta, denen die City von Paris und New York angesetzt war...

Kleinen leicht erholt

Die Londoner Börse eröffnete, wie der 'Vossischen Zeitung' gemeldet ist, nach einem ruhigen Zögern der Gleichgültigkeit...

Danziger Bankfeiertage verlängert

Der Senat hat auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 30. Juni 1931 durch Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft die Bankfeiertage bis einschließlich Sonnabend, den 18. August, verlängert...

New Yorker Banken honorieren weiter deutsche Schecks. Wie der 'Vossischen Zeitung' aus New York gemeldet wird, wurde in einer Konferenz führender Großbanken mit der Federal Reserve-Bank in New York ein...

Stetige Produktenbörse

An der Berliner Produktenbörse hielt sich die Umsatzsituation in engen Grenzen. Die Mühlen hielten mit ihren Anträgen...

Table with 2 columns: Commodity (Weizen, Roggen, Gerste, etc.) and Price (Mark, Schilling, etc.)

Handelsreisendeversicherung schaffte während dieser Zeit. MAGDEBURG, 16. JULI. Zuckerr. Termine: Juli 700 B...

LONDON, 15. JULI. Fortsetzung der vierten Kolonial-Weißwaren-Auktion. Die Auktion wurde von der Londoner Auktionsgesellschaft...

ordnung scheint uns aber neben der Wiederanganzsetzung des Zahlungsverkehrs auch darin zu liegen, dem Auslande gegenüber nicht den Anschein einer Zahlungsstockung nach außen hin zu erwecken.

Der ganze Fragenkomplex bedarf dringender Ausführung-Bestimmungen, damit die Banken einhellig vorgehen.

Es sollte auch kein Unterschied gemacht werden zwischen den Banken, die zufällig über entsprechende Guthaben im Auslande verfügen, und jenen, die ihre liquiden Mittel im Inlande konzentriert haben...

Ausgehen von den Lücken der Notverordnungen sind die Bestimmungen im einzelnen oft dubios und verschiedene Auslegungen zugänglich. Dies ist sicherlich nicht ohne Absicht geschehen...

Die Berliner Banken haben schließlich erklärt, daß sie wegen der sich ergebenden Schwierigkeiten überhaupt darauf verzichtet haben, die Lohnlisten nachprüfen zu lassen,

und die Hamburger Banken haben sich den von Berliner Stempelverleger aufgestellten Richtlinien angeschlossen. Eine solche Einseitigkeit ist sowohl auf seiten der Regierung wie auf seiten der Banken notwendig, um den Sinn der Verfügung zu erfüllen.

Übereinkommen erzielt, demzufolge Schecks und drahtliche Zahlungsaufträge deutscher Banken auf New York weiterhin honoriert werden sollen. Die Banker Trust Co. und die Guaranty Trust Co. von New York...

Einheitliche Bankzinsen

Wie wir hören, haben die Mitglieder der Stempel-Vereinigung in Abänderung der gestrigen Vereinbarung beschlossen, für neu eingezahlte Gelder, die den gesetzlichen Auszahlungseinschränkungen nicht unterliegen...

Sparkassen erhöhen bis um 1 pCt.

Wie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband erklärt, ist ein angesprochenes, nicht erfüllbar, worden. Im Hinblick auf die Erhöhung des Reichsbankdiskontsatzes auf 10 pCt., die ja als eine reine Notmaßnahme anzusehen sei...

Börsenkommission die technischen Einzelheiten für die Vorbereitung der Abwicklung der Terminsgesamts nach der Verkündung der Entscheidung...

Der Rechnungsbuch des Bundes für 1930 schließt mit einem Defizit, das um 45 Millionen Schilling größer ist als vorgesehen. In der laufenden Gebarung beträgt der Abgang 13 Mill. Schilling, mit Einschluß der investierten Ausgaben...

Oesterreichs Budgetdefizit

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung WIEN, 16. JULI.

Die Überschreitung der Ausgaben resultiert vor allem aus der Arbeitslosenversicherung mit 63 Millionen und dem Kontingent für die Banernschaft mit 96 Mill. Schilling. Auch die Militär-Schulden sind im Juli über den 1925 um 30 Mill. Schilling zu verzeichnen...

Teilmortatorium in Chile.

Die chilenische Regierung hat ein vorläufiges Teilmortatorium beschlossen. Es handelt sich um eine Maßnahme zum Schutz der Goldwahrung in Chile. Die Verordnung soll bis August in Kraft bleiben und alsdann eine weitere Entscheidung bezüglich der Zukunft getroffen werden.

Teilmortatorium in Chile.

Die chilenische Regierung hat ein vorläufiges Teilmortatorium beschlossen. Es handelt sich um eine Maßnahme zum Schutz der Goldwahrung in Chile. Die Verordnung soll bis August in Kraft bleiben und alsdann eine weitere Entscheidung bezüglich der Zukunft getroffen werden.

Teilmortatorium in Chile.

Die chilenische Regierung hat ein vorläufiges Teilmortatorium beschlossen. Es handelt sich um eine Maßnahme zum Schutz der Goldwahrung in Chile. Die Verordnung soll bis August in Kraft bleiben und alsdann eine weitere Entscheidung bezüglich der Zukunft getroffen werden.

Teilmortatorium in Chile.

Die chilenische Regierung hat ein vorläufiges Teilmortatorium beschlossen. Es handelt sich um eine Maßnahme zum Schutz der Goldwahrung in Chile. Die Verordnung soll bis August in Kraft bleiben und alsdann eine weitere Entscheidung bezüglich der Zukunft getroffen werden.

Teilmortatorium in Chile.

Die chilenische Regierung hat ein vorläufiges Teilmortatorium beschlossen. Es handelt sich um eine Maßnahme zum Schutz der Goldwahrung in Chile. Die Verordnung soll bis August in Kraft bleiben und alsdann eine weitere Entscheidung bezüglich der Zukunft getroffen werden.

